

## B E S C H L U S S

aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familien- und Senioren vom 20.01.2021

---

**A.       ÖFFENTLICHE SITZUNG**

**2.       Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung**

**2.2      Beirat der Menschen mit Behinderung in der Stadt Siegen und „Arbeitsgemeinschaft Begegnung“ als Zusammenschluss der Menschen mit Behinderung und chronischer Krankheit  
hier: Überarbeitung der Richtlinien  
- Antrag der Volt-Fraktion -**

Vorlage Nr. AT 28/2021

Zunächst spricht sich der Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren einstimmig dafür aus, dass das ehemalige Mitglied des Beirates für Menschen mit Behinderungen und langjährige Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Begegnung, Frau Birgit Rabanus, Rederecht erhält, um die Arbeitsgemeinschaft vorzustellen und eventuelle Fragen der Ausschussmitglieder zu beantworten.

Im Rahmen ihrer Vorstellung führt Frau Rabanus aus, die Arbeitsgemeinschaft Begegnung sei ein 1996 zusammengekommener freiwilliger, offener Verbund, der keine festgelegten Regeln habe, aber über Richtlinien verfüge. Grund für den Zusammenschluss sei der Erfahrungsaustausch verschiedener Selbsthilfegruppen.

Die Mitgliedschaft in der AG sei uneingeschränkt, keine Krankheiten oder Behinderungen würden ausgeschlossen und dies dürfe weder von Verwaltung oder Politik eingeschränkt werden. Alle, die sich im Kreis Siegen- Wittgenstein in der Arbeitsgemeinschaft engagieren wollen, könnten Mitglied werden. Eine Regelung über die Art der Vorstellung, könne es aufgrund der Unterschiedlichkeit der Krankheiten und Behinderungen nicht geben.

Die Vorlage kritisiert sie dahingehend, dass durch bestimmte Formulierungen Mitgliedern ein Mitspracherecht abgesprochen werde sowie dass eine Eingrenzung auf das Stadtgebiet Siegen erfolgt. Der Einzugsbereich der AG Begegnung sei der Kreis Siegen- Wittgenstein, da auch Aktive außerhalb des Stadtgebietes lebten und deren Mitarbeit in der AG ansonsten ausgeschlossen sei.

Dem Beirat der Menschen mit Behinderungen könnten nur Menschen angehören, die in Siegen wohnen, dies sei nachvollziehbar, bringe aber auch Probleme, da teilweise der Beirat auf der einen Seite nicht besetzt werden könne, auf der anderen Seite an der Mitarbeit Interessierte nicht dem Beirat angehören könnten, da sie nicht in Siegen wohnten. Würde jetzt auch so in der AG Begegnung verfahren, könne man nicht mehr ordentlich arbeiten. Bisher habe eine gute, enge und sinnvolle Zusammenarbeit zwischen der AG und dem Beirat stattgefunden.

Eine Einbindung der AG sowie des Beirates in Zusammenhang mit der vorgesehenen Änderung sei bisher nicht erfolgt, so dass es keine Mitwirkungsmöglichkeit gegeben habe. Die Notwendigkeit der Änderung der Richtlinien sei nicht zu erkennen. Die Richtlinien seien von Mitgliedern der Verwaltung, der AG Begegnung, des Seniorenbeirates und der Diakonie erarbeitet und letztlich im Rat der Stadt beschlossen worden.

Ein Vergleich zwischen dem Seniorenbeirat und dem Integrationsrat sei aufgrund der Unterschiedlichkeit der Arbeitsweise, der Mitglieder sowie der Wahl in die Gremien nicht möglich. Der Sitzungsablauf sei ebenfalls zum Seniorenbeirat oder Integrationsrat nicht vergleichbar, da es sich bei den Mitgliedern des Beirates um chronisch Kranke oder Behinderte handele.

Sie halte das Vorgehen für keinen transparenten und demokratischen Prozess, so Frau Rabanus.

Herr Dezernent Schmidt geht auf die Kritik ein, manche Interpretationen seien nicht nachvollziehbar. Die Verwaltung habe sich im Dezember des letzten Jahres durch den Rat beauftragen lassen wollen, die Richtlinien noch einmal zu betrachten, um zu entscheiden, ob die Notwendigkeit einer Überarbeitung bestehe oder nicht. Eine Beteiligung der AG Begegnung sowie des Beirat der Menschen für Behinderungen sei entsprechend der Vorlage vorgesehen. Der Rat habe am 15.12.2020 diesen Auftrag erteilt. Die Volt-Fraktion habe richtigerweise die Beteiligung des Fachausschusses gewünscht. Im ersten Halbjahr sollen die Beratungsergebnisse des Fachausschusses, der AG Begegnung und des Beirates der Menschen mit Behinderungen vorgelegt werden.

Er halte es für legitim, sich 2009 beschlossene Richtlinien anzuschauen, um auf spezielle Dinge oder rechtliche Veränderungen, die sich in dieser Zeit ergeben hätten, hinzuweisen. Er teile nicht die Auffassung, dass in einem städtischen Gremium, grundsätzlich kreisweit lebende Menschen eingebunden sein müssen. In der Vergangenheit habe auch der Beirat für Menschen mit Behinderungen Kritik darüber geäußert, dass eine Person, die nicht in Siegen gewohnt habe, die Arbeit des Beirates in Siegen kritisiert habe. Wesentlich sei auch, dass die Beschlüsse auf Basis der Gemeindeordnung basieren und man sich die Frage stellen müsse, wer entsendet habe. Man müsse den Blick darauf werfen, ob die Verfahren korrekt seien. Nach Beratung werde dem Rat ein Vorschlag unterbreitet und dieser müsse entscheiden, ob es eine Veränderung gebe oder nicht, so Herr Dezernent Schmidt.

Frau König hält es für wichtig, vor der Entscheidung des Rates, den mit AG und Beirat abgestimmten Vorschlag noch einmal im Ausschuss für Soziales vorzustellen und zu beraten.

Es ergibt sich eine Aussprache, an der sich die Herren Langer, Rommel, Löwenberg, Molzberger, Helm, Herr Langer und Frau König beteiligen.

Zusammenfassend ist als Ergebnis der Aussprache festzustellen, dass

- die Fraktionen vor der Ratssitzung hätten informiert werden können,
- die Beiratsmitglieder aus Siegen kommen müssten,
- in der AG Begegnung auch Auswärtige die Arbeit positiv begleiten könnten,
- es für richtig angesehen werde, dass auch Externe aus der AG bei der Überarbeitung der Richtlinien beteiligt würden,
- erfreulich sei, dass der Prozess angestoßen sei und die vorgesehenen Schritte als richtig angesehen werde,
- alle betroffenen Gremien gehört und beteiligt würden,
- im Vorfeld der Ratssitzung es an Transparenz über die Beteiligung der Gremien gefehlt habe,
- die Diskussion im Fachausschuss erfolge.

Da der Prozess in Gang gesetzt worden sei, spricht sich Herr Molzberger dafür aus, den Antrag zurückzuziehen, da die Transparenz nunmehr gegeben sei und die Verwaltung die Beteiligung zugesagt habe.

Herr Helm schließt sich an, sieht aber keine Notwendigkeit über eine Beschlussfassung.

Herr Dezernent Schmidt weist darauf hin, dass aufgrund der Regelung über die Zusammensetzungsfrist des Beirates von 90 Tagen, die Richtlinien außer Kraft gesetzt werden mussten, da die Einhaltung dieses Termins nicht möglich gewesen sei. Es sei nicht um die Außerkraftsetzung der Beteiligung gegangen, sondern nur um die 90 Tage- Frist.

Die AG Begegnung verstehe sich nicht als Gremium der Stadt Siegen analog der anderen städt. Gremien, so Frau Rabanus.

Das Selbstverständnis der AG wolle er nicht hinterfragen. Es sei gewollt, die Menschen mit Behinderungen an den wesentlichen Entscheidungen zu beteiligen. Dafür brauche man Spielregeln, die kommunalrechtlich auch in einer gewissen Weise vorgegeben seien. Sollte dies nicht der Fall sein, brauche es keine vom Rat beschlossenen Richtlinien. Wolle die AG Begegnung eine Interessengruppe sein, die losgelöst im Raum stehe und sich zu Wort melde, sei dies zwar möglich, wolle man aber die Beteiligungsformen, gehe dies nur nach der Gemeindeordnung und anderer kommunalrechtlicher Vorgaben. Die Einbindung in die Struktur der Stadt erfolge bewusst, damit es eine starke Stimme sei, so Herr Dezernent Schmidt. Frau Rabanus merkt an, es sei alles geregelt und sie sehe daher keinen Grund für eine Änderung. Die Ausschussmitglieder müssten über die bestehenden Richtlinien informiert sein.

Herr Dezernent Schmidt weist darauf hin, stehe die Vorlage zur Beratung an, werde diese alle Informationen, die benötigt würden, enthalten. Darüber hinaus seien die Richtlinien im Ortsrecht enthalten und auf der Homepage jederzeit abrufbar.

**Beschluss:**

Die Fraktionen von UWG und Volt im Rat der Stadt Siegen bitten um Aufnahme des oben genannten Punktes in die Tagesordnung zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familien und Senioren.

Zu diesem Punkt bitten die genannten Fraktionen außerdem den Dezernatsleiter Herrn Schmidt und die Behindertenbeauftragte Frau Weinert um persönliche Stellungnahme zur von der Verwaltung vorgeschlagenen Überarbeitung der Richtlinien (VL 112/2020).

Des Weiteren beantragen wir zu diesem Tagesordnungspunkt, dem Beirat für Menschen mit Behinderung und der AG "Begegnung" eine Stellungnahme im Ausschuss zu ermöglichen. Dazu sollen Frau Scherzberg als stellvertretende Vorsitzende des Beirates, ggf. weitere Beiratsmitglieder und zumindest eine Vertreterin / ein Vertreter der AG "Begegnung" zur Sitzung des Ausschusses eingeladen werden.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen**

**1. AfSFS 20.01.2021**

---